bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 19 | 15. September 2006

Rechte Szene 2

Konfliktpotenzial
Der NPD steht ein Umbau der Führungsspitze bevor – Jürgen Rieger will im November als Parteivize kandidieren.

Der Erfolg als Trittbrett
Die NPD holt bei der Kommunalwahl in Niedersachsen insgesamt 18 Mandate.

Der Vorzeige-NPDler
Johannes Müller ist neuer Parlamentarischer Geschäftsführer in Dresden.

„Antijudaismus als Falle“
Ex-NPD-Ideologe appelliert an die „zurechnungsfähigen“ Anhänger Mahlers.

„Zeckenkram“
Die Neonaziszene bevorzugt musikalisch zunehmend auch linken Punkrock.

Rezension 6

Wölfe im Schafspelz
Nach einer Studie der Universität Greifswald dient der NPD die Parlamentsarbeit nur als Mittel zum Zweck.

Ausland 7

Teufelsanbetung
Spaltung bei den „Hollywood Nazis“.

Neue alte Verbündete
Zwischen Jean Marie Le Pen und Bruno Megret gibt es möglicherweise ein Zweckbündnis.

Seitenblick 8

Kompetenzen vermitteln
Sachsen-Anhalts Kultusminister Olbertz will an den Schulen mehr Raum für Kernthemen wie die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und den heutigen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus schaffen.

Demokratische Initiativen 9

Vernichtete Epoche
Mit der Edition einer „Bibliothek verbrannter Bücher“ sollen die von den Nazis verfemten Autoren wieder in das kulturelle Bewusstsein der heutigen Generation gebracht werden.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Tränenlos geweint
Der Hamburger Arbeitskreis gegen das Vergessen befasste sich mit den „Sonderkommandos“ von Auschwitz – Henryk Mandelbaum, einer der Überlebenden, war bei einem Zeitzeugengespräch anwesend.

Meldungen 11

Rechte Szene

Konfliktpotenzial

Der NPD steht ein Umbau der Führungsspitze bevor – Jürgen Rieger will im November als Parteivize kandidieren.

Zwei Jahre ist es her, da trat NPD-Parteichef Udo Voigt wenige Wochen nach der Landtagswahl in Sachsen vor die Delegierten des Bundesparteitags und platzte fast vor Stolz: „Ich melde der Partei zum heutigen Tage: Nach 36 Jahren ist es uns gelungen, mit gewaltiger gemeinsamer Kraftanstrengung und kluger Bündnispolitik, mit über neun Prozent in ein Landesparlament einzuziehen.“ Wenn Voigt nun beim kommenden Parteitag am 11. und 12. November seinen Rechenschaftsbericht abliefert, würde er gerne wie damals 2004 in Leinefelde wieder mit einer solchen Erfolgsmeldung aufwarten. Das nähme auch einigen Druck von der Parteispitze.

Nach dem Sachsen-Votum konnte die NPD zwar bei den folgenden Wahlen ihre Ergebnisse steigern, doch der erhoffte Durchbruch blieb aus. Statt dessen grummelt es in der Partei über den „Deutschlandpakt“ mit der DVU, die nirgendwo eine wirklich verwurzelte, aktive Basis hat, stattdessen Hinterzimmerpolitik mit einem Millionenaufwand kurz vor Wahlen verbindet. Nicht wirklich rund läuft auch die „Volksfront“ mit „freien“ Neonazis: In Mecklenburg-Vorpommern, wo sie massiv in die Partei drängten, gelten sie als unzuverlässige Verbündete (bnr 18/06). Und in Niedersachsen, wo der Landesvorsitzende und stellvertretende Bundesvorsitzende Ulrich Eigenfeld auf Abstand zu den „Freien“ hielt, handelte sich die NPD so viel Ärger mit Parteilosen und Teilen der eigenen Basis ein, dass der Landeschef zum (verbalen) Einlenken gezwungen war. Der Einzug ins Schweriner Landesparlament, so die Hoffnung der Parteispitze, könnte manche dieser Probleme wenn schon nicht vergessen machen, so doch an den Rand drängen.

Doch auch so bleibt einiges Konfliktpotenzial. Beispielsweise personell: Der gerade erst in die NPD eingetretene Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger will als neuer Parteivize kandidieren – neben den bisherigen Voigt-Stellvertretern Peter Marx und Holger Apfel und damit in direkter Konkurrenz zu Eigenfeld. Schon Riegers Aufnahme in den NPD-Kreisverband Hamburg-Altona stößt hier und da auf Missfallen. Über die Mitgliedschaft entscheide nicht allein ein Unterbezirk oder ein Kreisverband, meinen die Kritiker mit Blick auf die Satzung der NPD, die bei Neuaufnahmen die Zustimmung des Landes- und des Bundesverbandes vorsieht. Doch zweifelhaft scheint, ob von dort ein Veto kommen könnte, so lange die Partei am Ziel der Volksfront festhält.

Bleibt die Frage, ob ein Quereinsteiger schon zwei Monate nach seinem Beitritt Parteivize werden soll. In einem NPD-nahen Forum werden Zweifel angemeldet: „Solche Hauruck-Aktionen gleich in irgendwelche Vorstände hinein bedeuten nicht selten ‘Knatsch’ mit denjenigen, die vielleicht schon seit Jahren direkte (Basis-)Arbeit für und in der Partei leisten.“ Vorschlagen will ihn jener NPD-Unterbezirk Stade, der von Niedersachsens Landesvize Adolf Dammann geleitet wird, den eine Intimfeindschaft mit Eigenfeld und eine Freundschaft mit NPD-Kritiker Christian Worch verbindet. Man darf getrost vermuten, dass Dammann Worchs Einschätzung der Person Eigenfelds („der Prototyp des Parteibürokraten, der Prototyp des Multifunktionärs“) nicht allzu fern steht. Und man darf auch vermuten, dass ihn auch eine gemeinsame Erklärung Eigenfelds und des parteifreien Neonazis Dieter Riefling nicht besänftigt, in der Eigenfeld im Konflikt mit den „Freien“ in Niedersachsen klein beigab. Riefling und der NPD-Landesvorsitzende „einigten sich darauf, die Zusammenarbeit ohne gegenseitige Diskriminierung so wieder aufzunehmen, wie sie vor der Irritation war“, heißt es in einer auf den 17. August datierten Erklärung. So groß war und ist offenbar das gegenseitige Misstrauen, dass man den Text auch noch von einem quasi neutralen „Zeugen“ unterzeichnen ließ. Worch jedenfalls bleibt dabei: „Ist es an der Zeit, dass die NPD sich der Eigenfelds entledigt, wenn sie wirklich eine Volksfront will?!“

Personelle Veränderungen im Bundesvorstand könnte auch die für den 16. September geplante Gründung einer NPD-Frauenorganisation, des Nationalen Frauenrings, zur Folge haben. Bisher sitzt mit Doris Zutt nur eine Frau im 22-köpfigen Vorstand. „Wie kann es denn sein, daß der Großteil unserer Mandatsträger Männer sind?“, fragt die Frauenring-Mitorganisatorin Gitta Schüßler in der „Deutschen Stimme“ und hat damit wahrscheinlich nicht nur Parlaments-, sondern auch

Vorstandsmandate im Blick: „Die NPD ist keine altbackene Herrensekte – dies muss von uns deutlich und nach außen hin vermittelt werden." An Männern, die im Vorstand entbehrlich und leicht zu ersetzen wären, mangelt es nicht. Man denke nur an Stephan Haase, den NRW-Landeschef, der auf der Homepage der NPD auch nach zwei Jahren noch immer als der Mann für „besondere Aufgaben" genannt wird – wohl weil die Parteioberen mit ihm wegen seiner eingeschränkten Fähigkeiten offenbar nichts Besonderes anzufangen wissen.

Keine große Rolle dürften beim Parteitag die internen Scharmützel um die Abweichler in Baden-Württemberg und dem Saarland spielen. Den Problemfall Deckert hat die Parteispitze erfolgreich ausgesessen und ausgeschlossen. Schon vor zwei Jahren in Leinefelde war Günter Deckert eher folkloristisches Beiwerk als ein ernst zu nehmender Opponent gegen Voigts Linie. Kritischer für die NPD-Spitze dürften da Nachfragen nach den Parteifinanzen sein. So war für den Wahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern zunächst ein Etat von 1,5 Millionen Euro im Gespräch, dann sollen es nun nur noch 400 000 Euro gewesen sein.

Mit den Parteifinanzen zu tun hat auch ein Antrag, der Voigt & Co. missfallen dürfte. Der Bremer Landesverband will einen genauen Blick in die Kasse werfen: „Der Parteivorstand hat die Gehälter aller Mitarbeiter der Partei den Mitgliedern der Partei offenzulegen. Die Information muß das reguläre Gehalt sowie geldwerte Vorteile dieser Mitarbeiter umfassen." Bei einem zweiten Bremer Antrag geht es wieder einmal ums Thema Verfassungsschutz. Der Landesverband will einen „Nichtvereinbarkeitsbeschluss mit VS-Mitarbeitern". Einen solchen Antrag hatte bereits im vorigen Jahr auch der stellvertretende NRW-Landesvorsitzende Timo Pradel gegenüber Worch in Aussicht gestellt.

Am liebsten sähe es Voigt, ein Wahlerfolg in Schwerin würde solche Fragen überlagern. Doch auch dann werden wohl die Diskussionen wieder einsetzen, warum man bei der Verteilung der Landtagswahlen zwischen den Deutschlandpakt-Partnern Thüringen der DVU überlassen wurde – wo man doch nun sehe, dass es die NPD besser kann als die Frey-Truppe.

Tomas Sager

Der Erfolg als Trittbrett

Die NPD holt bei der Kommunalwahl in Niedersachsen insgesamt 18 Mandate.

Sonnabend, 9. September: In Stade protestiert die Antifa gegen einen Wahlkampf-Stand des Vize-Vorsitzenden der niedersächsischen NPD Adolf Dammann. Die NPD sei nicht verboten und deshalb demokratisch, ereifert sich ein Passant, undemokratisch sei es, gegen die Rechtsextremen zu aufzubegehren. Gleichzeitig beschlagnahmt die Polizei Transparente, auf denen Hakenkreuze durchgestrichen, zerstört oder in der Mülltonne zu sehen sind. Sonntag, 10. September: Bei den Kommunalwahlen erringt Adolf Dammann einen Sitz im Stader Kreistag. Am Montag leitet die Polizei ein Ermittlungsverfahren gegen den Versammlungsleiter der Nazigegner ein wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole.

„Der Kampf wird nicht in den Parlamenten, sondern auf der Straße entschieden", gibt Adolf Dammann als seine Überzeugung aus. Obwohl er die Wahlen zur „Pflichtübung" erklärt hatte, mobilisierte er in dem von ihm geleiteten Unterbezirk Stade/Elbe-Weser alle verfügbaren Kräfte. Begünstigt durch die niedrige Wahlbeteiligung und den Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde drang die NPD in die Parlamente vor. In Verden haben der ehemalige Heisenhof-Bewohner Daniel Fürstenberg und der derzeit wegen wiederholter Volksverhetzung inhaftierte Rigolf Henning zukünftig ein Forum in den Räten. Der Erfolg der Neonazis resultiert nicht nur aus der Wahlarithmetik. Mit fast 4 000 Stimmen konnte die NPD im Landkreis Stade ihren Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl vor einem Jahr nahezu verdoppeln. Insgesamt sind landesweit 18 Mandate angefallen, außer in Stade in Helmstedt, Wolfenbüttel und Wilhelmshaven.

Sein Wahlerfolg ist ein Pfund, mit dem Adolf Dammann bei seinen innerparteilichen Streitigkeiten wuchern kann. Nicht zum ersten Mal ist er mit dem Landesvorsitzenden Ulrich Eigenfeld aneinander geraten. Die Zurückhaltung, zu der ihn sein früherer Arbeitgeber vergattert hatte, gilt für den Rentner nicht mehr. Jetzt will Dammann selbst Chef werden.

Uwe Ruprecht

Der Vorzeige-NPDler

Johannes Müller ist neuer Parlamentarischer Geschäftsführer in Dresden.

Die NPD-Landtagsfraktion Sachsen wählte nach dem Unfalltod ihres Fraktionsmitgliedes Uwe Leichsenring am 4. September einen neuen Fraktionsvorstand. Der NPD-Bundesvize Holger Apfel wurde in seinem Amt als Fraktionsvorsitzender bestätigt. Johannes Müller, stellvertretender Vorsitzender, übernahm zusätzlich das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers, das Leichsenring bislang innehatte. Als weiterer stellvertretender Vorsitzender und Schatzmeister wurde Alexander Delle gewählt. Die Abgeordneten Matthias Paul und Jürgen Gansel sind Beisitzer im Fraktionsvorstand.

Müller (39), NPD-Kreisvorsitzender der Sächsischen Schweiz, gilt als das freundliche Gesicht der NPD. Er passt nicht in das Klischee typischer NPD-Proleten. Müller steht für die zweite Reihe von NPD-Funktionären, die Bomberjacken hassen und Megafone meiden. Müller ist wie sein Vater, der in Sebnitz eine Praxis hat, Arzt. Als Kardiologe war er neun Jahre lang in der Falkensteinklinik Ostrau tätig. Dort trug er bei der Arbeit weiße Poloshirts mit Runen auf der Brust. Heute schimmert an seiner Krawatte das Symbol der „Schwarzen Sonne“. Die gilt in Szene-Kreisen als Chiffre für das verbotene Hakenkreuz. Der Hobby-Bergsteiger Müller stammt aus einer „national eingestellten“ Familie. Auch Mutter Barbara ist in der NPD engagiert. Von 1988 bis 1992 war Müller in der CDU. Aus Karrieregründen wie er heute sagt. Zur NPD kam Müller 1998. Im Folgejahr zog er für die NPD in den Sebnitzer Stadtrat mit einem Ergebnis von 6,5 Prozent und in den Kreistag Sächsische Schweiz mit 8,1 Prozent ein.

Presserechtlich zeichnet Müller für den Rundbrief „Blickpunkt Sächsische Schweiz“ (Untertitel: „Für die Unterdrückten – Gegen die Ausbeuter“) verantwortlich, der erstmals im Juli dieses Jahres erschienen ist. Eigenangaben zufolge hat das Blatt eine Auflage von 30 000 Exemplaren und soll vierteljährlich erscheinen. Links weisen den Weg zu Neonazi-Organisationen wie der „Aktionsfront Nord-Ost Brandenburg“ oder den NS-apologetischen „Unabhängigen Nachrichten“.

Anton Maegerle

„Antijudaismus als Falle“

Ex-NPD-Ideologe appelliert an die „zurechnungsfähigen“ Anhänger Mahlers.

Die NPD-Jugendorganisation JN geht mit Horst Mahler, Ex-RAF-Kader, zeitweiliger Hausjurist sowie Mitglied der NPD, hart ins Gericht. Der einstige „intellektuelle Superstar der Rechten“, heißt es in dem Blättchens „Hier & Jetzt“, dem Organ des JN-Landesverbandes Sachsen „propagiert heute die spirituelle Wiederkehr Adolf Hitlers und hat sich damit weitgehend isoliert. Seine Wirkungsstätte umfasst nunmehr die Gerichtssäle der Republik, was sehr zu bedauern ist“.

Ein scharfer Mahler-Kritiker ist Jürgen Schwab, vormals NPD-Parteiideologe und Vorsitzender des Arbeitskreises „Volk und Staat“ beim Parteivorstand. Schwab, der heute zu den Wortführern der Nationalrevolutionäre zählt, versuche, so merkt „Hier & Jetzt“, zu Schwabs Beitrag „Wider den Missbrauch des Revisionismus“ an, die „Grenze zwischen wissenschaftlich seriösem Revisionismus und antijudaistischer Holocaustleugnung jener Kreise um Horst Mahler sichtbar zu machen.“

Mahler und „seine Marionette“ Sylvia Stolz haben nach der Auffassung von Schwab der „Suche nach der geschichtlichen Wahrheit einen großen Schaden zugefügt“. Schwab weiter: „Durch die Instrumentalisierung und Diskreditierung des Geschichtsrevisionismus durch die Mahler-Gruppe gerät völlig außer acht, dass sich seit einiger Zeit wirkliche Revisionisten wie Germar Rudolf gegen die Vereinnahmung der Totalleugner zur Wehr setzen.“ Heftig attackiert Schwab die Strategie Mahlers, die „scheinbar darin“ besteht: „1. Das BRD-System durch Verstopfung seiner Gefängnisse zum Zusammenbruch zu bringen; 2. Den historischen Revisionismus als unglaubwürdig darzustellen.“ Schwab, Kopf des rechtsextremen Intellektuellenzirkels „Deutsche Akademie“, schreibt in seinem Beitrag: „An die Anhänger Mahlers, die wir noch erreichen können, sofern sie zurechnungsfähig sind, sollten wir die Botschaft richten, dass grundsätzlich nicht das Deutschsein im Antijudaismus besteht, wie uns Horst Mahler suggeriert. In diesem Sinne ist der Antijudaismus als Falle zu erkennen.“

Anton Maegerle

„Zeckenkram“

Die Neonaziszene bevorzugt musikalisch zunehmend auch linken Punkrock.

Rechtsrock und „Rock Against Communism“ (RAC) ist eine dröge Sache. Abgesehen von wenigen innovativen Bands sind Neonazis daher auf der Suche nach neuen Soundtracks für ihre Volksempfänger. Dabei greifen sie auch auf „Zeckenkram“ zurück. Selbst Flaggschiffe der Punk- und Antifa-Szene werden so zum Teil der braunen Bewegung.

So diskutierten Neonazis im Webforum des „Freien Widerstandes“ (FW) die aktuelle CD „Discontent Hearts And Gasoline“ von ZSK und deren DVD-Beilage „Kein Bock auf Nazis“. Einer der Rechten lobte dabei ausdrücklich die Vorgänger-CD „From Protest To Resistance“ der Berliner Politpunks. Im Forum „Rock gegen ZOG“ (RgZ) befanden Neonazis in einer Diskussion, RAC klinge seit Jahren musikalisch gleich und sei wegen der einfallslosen Texte langweilig geworden, weswegen viele „Kameraden“ jetzt „entweder unpolitischen OI oder Metal“ hörten.

Oi!-Musik ist ein auch Streetpunk genannter Ableger des Punkrocks, den seit Anfang der 80er Jahre Skinheads hören. Im RgZ-Forum ging eine 19-jährige Berlinerin indes weiter: „[...] rac [...] geht [mir] irgendwie urst auf den keks.... [...] höre eigentlich nur noch [...] zsk, wohlstandskinder, [...] anti-flag [...] sind zwar einige afa bands bei, aba bei den texten erkennt man teilweiße keen unterschied zwichen unseren weltanschauungen.“ Die „Wohlstandskinder“ aus Köln waren Poppunks, „Anti-Flag“ sind eine der einflussreichsten linken US-Punkbands derzeit. Ein Neonazi urteilte unlängst sogar in einer Diskussion, die Politrocker „Rage Against The Maschine“ – einst Musik jugendlicher Globalisierungsgegner – seien eine „Superband“.

Sonderlich neu ist der Umstand nicht, dass Neonazis auch Punk hören. Punks und Naziglatzen hatten sich aber schon 1983 und ‘84 auf den Chaos-Tagen in Hannover brutale Schlägereien geliefert. Neonazis besuchten Mitte der 80er Jahre auch Punkkonzerte, provozierten und schlugen dabei auf Punks und Linke ein. Meist handelte es sich dabei um Auftritte von britischen Bands der zweiten Punkgeneration („G.B.H.“, „Exploited“) oder Oi!-Bands („Peter & The Test Tube Babies“). Als Oi! Mitte bis Ende der 90er Jahre ein Comeback feierte, spielten sich auf Konzerten der Kultbands „Cock Sparrer“ und „Business“ ähnliche Szenen ab. Im Zuge des Booms der ursprünglich linken Hardcore- und Hatecore-Musik besuchten Neonazis dann auch solche Konzerte. Selbst in alternativen Clubs und Autonomen Zentren konnten Szenegrößen wie „Agnostic Front“ aus New York oft nicht ohne einige Neonazis im Publikum auftreten.

Wegen solcher Umtriebe hatte sich um die Jahrtausendwende in Deutschland die Kampagne „Good Night, White Pride“ mit dem Ziel gegründet, „die Vereinnahmung des Hardcore durch Nazis“ zu verhindern. Rasch jedoch griffen Neonazis Logo und Losung auf. Sie trugen nun T-Shirts mit dem Spruch: „Good Night, Left Side“. Zumindest ältere Neonazis weisen dessen ungeachtet oft auf ihre Wurzeln im Punk hin. Das Lied „Schlagt sie (die Kommunisten) tot“ der Rechtsrocker „Landser“ klang 1992 schon verdächtig nach dem Cock Sparrer-Klassiker „Take ‘em All“. Musiker von „Sleipnir“ umschreiben ihre Musik heute auch als Punk. In einer Diskussion in ihrem Bandforum merkten sie unlängst an: „Was glaubt ihr denn, wo so einige Leute aus unseren Reihen herkommen?“ In Neonaziforen werden zudem neue Veröffentlichungen oder Konzerte von Oi!-Bands, von „ZSK“, den Trashmetal-Helden „Slayer“ und der Hardrock-Kultband „Motörhead“ diskutiert.

Mitte 2006 verabredeten sich im RgZ-Forum Berliner Neonazis zum Besuch des With Full Force-Festival nahe Delitzsch – in der Vergangenheit nicht selten Anziehungspunkt von Neonazis. Neben bekannten Bands der Alternativ- und Metalszene wurden als Topbands des Festivals im RgZ auch die antifaschistischen Punkbands „Rawside“ und „Toxoplasma“ gelobt. Ähnlich wie einst gab es Ratschläge, wie man sich auf derlei Konzerten zu verhalten habe. Man könne „ein bisschen Spaß mit den Zecken haben“, schrieb ein Neonazi. Und oben zitierte „ZSK“-Liebhaberin erklärte, wie das gemeint war: „imma ma so zwichendurch, schön in den pit reinspringen und die gesichter ‘ausversehen’ umkegeln.“ Der „Pit“ ist der Bereich vor der Bühne bei Rockkonzerten, in dem es meist friedlich, aber vom Bild her auch wild zugehen kann.

Michael Klarmann

Rezension

Wölfe im Schafspelz

Nach einer Studie der Universität Greifswald dient der NPD die Parlamentsarbeit nur als Mittel zum Zweck.

Fachliteratur und Quellenlage zur kommunalpolitischen Parlamentsarbeit der NPD ist dünn gesät. Nach den Untersuchungen von Benno Hafeneger in den 90er Jahren in Hessen, bei denen er auch noch die Republikaner mit einbezogen hatte, fehlten weitere diesbezügliche Expertisen. Nun hat eine Gruppe von Studierenden und Lehrenden aus dem Institut für Politikwissenschaften der Universität Greifswald sich die Mühe gemacht, der NPD in Mecklenburg-Vorpommern einmal genau auf die Finger zu schauen, was die Arbeit in Kommunalparlamenten angeht, in die sie 2004 eingezogen ist. Herausgekommen ist ein fast 200 Seiten starkes Buch.

Darin wird Aufklärung geleistet über die bundesweit errungenen kommunalpolitischen Mandate. Es gibt diverse Aussagen aus den Reihen der NPD darüber zu lesen, welche Bedeutung sie selbst der kommunalen Parlamentsarbeit zumisst. Nach diesem einleitenden Kapitel werden vier Fallstudien erstellt. Dabei hat man vier von sieben Kommunalparlamenten, in denen die NPD sitzt, genauer unter die Lupe genommen. Dabei handelt es sich um die Landkreise Ostvorpommern und Ludwigslust sowie um die Hansestadt Stralsund und die Stadt Anklam. Nach einem sozialwirtschaftlichen Profil des jeweiligen Standorts wird die rechtsextreme Szene vor Ort beschrieben und darin die Rolle der NPD. Einem Blick auf die Sitzverteilung folgen eine Auflistung der Aktivitäten der NPD-Parlamentarier sowie eine Beschreibung, wie die anderen demokratischen Parteien und Wählergemeinschaften mit den Nationaldemokraten umgehen. Schließlich erfolgt eine Bewertung.

Bei der Beobachtung der NPD bis Anfang 2006, vereinzelt aktuell bis in den Juni 2006 hinein, wird deutlich, dass es mit der politischen Kompetenz in Stralsund und Ludwigslust nicht sehr weit her ist. Monatelang wurden keine Anträge und Anfragen gestellt, es gab dazu nur wenige Redebeiträge. In Anklam sowie im Kreistag von Ostvorpommern liefert lediglich Michael Andrejewski eine regere Parlamentsarbeit ab, indem er zum Teil geschickt populistische lokale Themen schneller aufgreift als die übrigen Parteien. Von allen NPD-Abgeordneten ist der ehemalige Hamburger als studierter Jurist am sachkundigsten. Er muss neuerdings jetzt sogar Anträge und Anfragen für die Parteikameraden in Stralsund ausarbeiten.

Im Gegensatz zu ihrer Praxis im sächsischen Landesparlament ist die NPD hier bisher nirgends durch Skandale, Tabu-Brüche und Effekthascherei in Erscheinung getreten. Sie verhält sich durchweg höflich und zurückhaltend. Inhaltlich sind, wenn überhaupt Aktivitäten zu bemerken sind, die soziale Frage, Systemkritik und Geschichtsrevisionismus die Schwerpunktthemen der Parlamentsbeiträge. Viel aktiver sind die Nationaldemokraten in ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Durch Stände, Hauswurfmitteilungen, Internetbeiträge, Demonstrationen, Kinderfeste und Besuchen von öffentlichen Veranstaltungen und Bürgerinitiativen bemüht sie sich um eine kontinuierliche Außendarstellung und ständige Präsenz. Die Verknüpfung mit der Kameradschaftsszene ist zwar gegeben, wird aber eher verborgen gehalten. Die Partei gefällt sich in der „Opfer- und Außenseiterrolle", als „Underdog" und gaukelt Bürgernähe vor. Mit dieser Taktik wird deutlich, dass es im Hinblick auf die jetzt anstehende Landtagswahl Strategie war, durch eine kommunale Verankerung an Stärke zu gewinnen. Die Kommunalparlamente, in denen sie sich zum Teil regelrecht verweigern, in denen sie abtauchen, werden für ganz andere Ziele instrumentalisiert.

Die Autoren kommen zu dem Schluss, diese NPD agiere in den Kommunalparlamenten mit oben beschriebener Ausnahme dilettantisch. Sie wollen damit aber nicht sagen, die Partei als solche sei mit ihrer Rattenfängermentalität ungefährlich. Die Auseinandersetzung damit ist geradezu notwendig. Totschweigen hilft nicht. Die NPD inhaltlich messen, fordern und attackieren gepaart mit Aufklärung und Entlarvung, das ist schon die sinnvollere und wohl auch effektivere Taktik. *Horst Freires*

Beier, Bogitzky, Buchstein, Feike, Fischer, Freyber, Strüwing, Wiedemann: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Steinbecker-Verlag Ulrich Rose, Greifswald, 2006, ca. 200 S., 11,80 EUR

Ausland

Teufelsanbetung

Spaltung bei den „Hollywood Nazis".

Noch bis vor kurzem galt die Neonazi-Organisation National Socialist Movement (NSM) als das neue Alphatier im Haifischbecken des US-amerikanischen Rechtsextremismus. Gleich mehrfach machte die wegen ihres Uniform-Fetischismus häufig als „Hollywood Nazis" belächelte Vereinigung des „White Supremacy"-Spektrums aus Minneapolis in den vergangenen Monaten Schlagzeilen. Jetzt vor dem 40. Jahrestag der Ermordung von NSM-Gründer George Lincoln Rockwell am 25. August jedoch haben Berichten zufolge mehr als 100 „Kameraden", darunter viele regionale Aktivisten, mit der Bewegung gebrochen. Grund sind die angeblichen Verbindungen hochrangiger Funktionäre zu einer okkultistischen Sekte namens „Joy of Satan" (Freude des Satans), deren Mitglieder Teufelsanbetung und Sex mit Teenagern praktizieren sollen.

Initiator der Palastrevolution war William „Bill" White, vormals NSM-Sprecher und Betreiber mehrerer rechtsextremer Webseiten. Die erhobenen Vorwürfe richten sich vor allem gegen den langjährigen Vorsitzenden Cliff Herrington und den Kopf der paramilitärisch strukturierten Organisation „Commander" Jeffrey Schoep. Beide werden in einer im Internet kursierenden Grundsatzerklärung als „Musterbeispiele an Immoralität" bezeichnet, die mit ihrem unehrenhaften Verhalten die gesamte „nationalsozialistische" Bewegung in Verruf gebracht hätten. Während Herrington mit einer Nicht-Weißen verheiratet gewesen sein soll, weigere sich Schoep beharrlich, die Mutter seiner Kinder zu heiraten. Darüber hinaus hätte Schoep kriminelle Elemente in der NSM gedeckt und interne Kritik mit disziplinarischen Maßnahmen unterdrückt.

White hat unterdessen eine neue Organisation gegründet: die „American National Socialist Workers' Party" mit Sitz in Whites Wohnort in Virginia. Ungewiss ist, auf wie viel Unterstützung der ehemalige Anarchist außerhalb eines engen Kreises hoffen kann. White steht seit geraumer Zeit auf der „Abschussliste" des Blood&Honour-Netzwerkes.

Michael Funk

Neue alte Verbündete

Zwischen Jean Marie Le Pen und Bruno Megret gibt es möglicherweise ein Zweckbündnis.

Kommt es zu einer Wiederannäherung in der französischen extremen Rechten, die sich vor sieben Jahren gespalten hat? Voraussichtlich Ende September 2006 wird es Presseberichten zufolge zu einem Treffen zwischen den bislang verfeindeten rechtsextremen Parteien FN (Front national) und MNR (Mouvement national républicain, Nationale und republikanische Bewegung) kommen.

Bei dem Treffen wird es um die Frage eines Bündnisses für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Frühjahr 2007 gehen. Anlässlich der Abschlussrede bei der Sommeruniversität des MNR kündigte Bruno Mégret am 27. August ein Abkommen „bis Oktober" dieses Jahres an. Beim Front National hingegen reagiert man bisher stärker reserviert. Dem Vernehmen nach sind vor allem Marine Le Pen, die Tochter und mögliche Nachfolgerin des Parteichefs, und ihre nähere Umgebung – darunter der 36-jährige Generalsekretär Louis Aliot – skeptisch. Dieses Milieu tritt für eine „modernisierte" Partei mit freundlicherem Image bei den Medien und bei der Wirtschaft ein. Sie verdächtigen den MNR, der 1999 aus einer Parteispaltung beim FN hervorging und damals eine gute Hälfte der aktivsten Kader mitgenommen hat, eine größere Anzahl von Rassenideologen und Neonazis zu beherbergen.

Auf jeden Fall, so verlautbarte Jean-Marie Le Pens persönlicher Mitarbeiter Olivier Martinelli, werde es nur zu einem Wahlbündnis kommen, „wenn der MNR entweder Unterstützungsunterschriften oder Geld in die Ehe einbringt". Mit Ersterem sind die kostbaren Unterschriften von Mandatsträgern – vom Bürgermeister oder Bezirksparlamentariern an aufwärts – gemeint, von denen ein Kandidat 500 benötigt, um zur Präsidentschaftswahl antreten zu können. Derzeit besitzt Le Pen nach eigenen Angaben rund 300 Versprechen für solche Unterschriften. Bruno Mégret soll ihrer 120 besitzen. Geld dagegen wird MNR sicherlich keines mitbringen können. Die kleine Partei hat einen Schuldenberg von geschätzten knapp 5 Millionen Euro.

Bernhard Schmid

Seitenblick

Kompetenzen vermitteln

Sachsen-Anhalts Kultusminister Olbertz will an den Schulen mehr Raum für Kernthemen wie die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und den heutigen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus schaffen.

Sowohl in der Aus- und Fortbildung von Lehrern als auch in der Ausgestaltung von Lehrplänen für die Schulen Sachsen-Anhalts will Kultusminister Jan-Hendrik Olbertz (parteilos) neue Akzente setzen. „Das Thema Rechtsextremismus und dessen Geschichte gehört sicherlich zu den Kernthemen, mit denen wir uns in diesen Bereichen sehr viel intensiver beschäftigen müssen", sagt er. Olbertz stellt deshalb die Lehrpläne an den Schulen grundlegend in Frage.

Ziel sei es , die Lehrpläne von reinem Faktenwissen zu entschlacken, um Zeit zu gewinnen, Kernthemen wie etwa den Nationalsozialismus oder heutige Erscheinungsformen des Rechtsextremismus intensiver behandeln und damit zu vertiefen. „Der heutige Rechtsextremismus ist sicherlich nicht ausschließlich ein Problem Sachsen-Anhalts oder der neuen Bundesländer, so wie es in den Medien manchmal dargestellt wird", sagt Olbertz. „Es ist ja bekannt, dass sowohl die Geldgeber als auch die meisten Führungspersonen rechtsextremer Gruppierungen in den neuen Ländern nahezu ausschließlich aus dem Westen stammen." Diese würden aber in den neuen Ländern größeren Zulauf finden, weil es hier überproportional viele Menschen gebe, die auf Grund von Wende und Wiedervereinigung bis heute von Orientierungs- und Identitätsverlusten geprägt seien. Die deutlich höhere Arbeitslosigkeit gegenüber den meisten West-Bundesländern trage das ihre dazu bei.

Da müsse Schule ansetzen, meint Olbertz. „Wir haben jetzt geschafft, die Curricula für die Grundschulen neu zu ordnen", sagt er. „Hier geht es längst nicht mehr darum, reines auf den Lehrstoff orientiertes Faktenwissen zu büffeln, sondern Kompetenzen zu entwickeln." Beurteilungs-, Handlungs- und Problemlösungskompetenzen eben. Im Fall der Grundschulen sei es bereits gelungen, diese Lehrziele auch beurteilbar zu machen. „Das strebe ich jetzt auch für die Sekundarschulen an", so der Minister. Aber nicht nur dort, sondern auch an den Universitäten des Landes sind Veränderungen zu erwarten. „Wir müssen schließlich auch die Lehrer fit machen, solche Kompetenzen vermitteln zu können." An den Schulen müsse es zudem darum gehen, neben reinem Faktenwissen auch Werte zu vermitteln.

Mit dem Landesinnenminister Holger Hövelmann (SPD), strebt Olbertz darüber hinaus Abstimmungen über die Unterrichtsinhalte an der Polizei-Fachhochschule in Aschersleben an. Dass zwei der anfangs mit der Verbrennung des Anne-Frank-Tagebuchs durch Mitglieder einer neonazistischen Kameradschaft am 24. Juni in Pretzien befassten Polizeibeamten mit dem Buchtitel nichts anzufangen wussten, hält Olbertz für ein Alarmsignal. „Das ist inakzeptabel und hat mich tief erschüttert", sagt er. Hier erwartet er eine Vertiefung der gesellschaftspolitischen Lehrinhalte. Die beiden Beamten sind Mitte 30, haben also ihre Schulausbildung vermutlich zur Wendezeit abgeschlossen. Ihre Polizeiausbildung aber haben sie wohl erst nach der Wende in Aschersleben absolviert. Olbertz will dem Innenministerium die Dienst-und Fachaufsicht über die Polizei-Fachhochschule nicht streitig machen, obwohl manch einer seiner Mitarbeiter nicht glücklich darüber ist, dass dies die einzige Bildungseinrichtung des Landes ist, die nicht dem Kultusministerium untersteht.

Tatsächlich aber gab es der jüngeren Vergangenheit in den Medien Sachsen-Anhalts Meldungen, die darauf schließen lassen, dass einzelne Polizeibeamte bei Vorträgen in Schulen, Vereinen oder Jugendfreizeitzentren durchblicken ließen, dass sie bestimmten Formen des Rechtsextremismus nicht ohne Sympathie gegenüber stünden. „Wir brauchen in allen gesellschaftlichen Schichten, und damit eben auch in der Polizei, mehr bürgerschaftliches Engagement gegen alle Formen des politischen Extremismus", sagt Olbertz. „Das fällt aber nicht vom Himmel, sondern setzt Einsicht und Wissen voraus." Die Fähigkeit zur Einsicht und zum eigenständigen Erwerb von Wissen Schülern zu vermitteln – das ist Olbertz´ Ziel bei der Neuordnung der Lehrpläne an den Schulen sowie bei der Aus- und Weiterbildung von Lehrern. Das müsse aber auch an Einrichtungen wie der Polizei-Fachhochschule mehr Raum im Lehrstoff finden.

Eberhard Löblich

Demokratische Initiativen

Vernichtete Epoche

Mit der Edition einer „Bibliothek verbrannter Bücher" sollen die von den Nazis verfemten Autoren wieder in das kulturelle Bewusstsein der heutigen Generation gebracht werden.

Im Mai 1933 brannten in Deutschland die Scheiterhaufen: „Wider den undeutschen Geist!" und „gegen Gesinnungslumperei und politischen Verrat"– eine bespiellose Selbstzerstörung des Geistes, durchgeführt nicht etwa von primitiven Schlägertrupps, sondern ausgerechnet von den Universitäten selbst, von Professoren, Rektoren und von der nationalsozialistischen Deutschen Studentenschaft. Der perverse Feldzug der Nationalsozialisten gegen angeblich „zersetzende Literatur" und „jüdischen Intellektualismus", den Goebbels als „starke, große und symbolische Handlung" feierte, hat nicht nur damals eine ganze Epoche kritischer und kosmopolitischer Literatur vernichtet, sondern eine Lücke im Geistesleben hinterlassen, die bis heute spürbar ist.

Mit der Edition einer „Bibliothek verbrannter Bücher" hat sich nun das Moses Mendelssohn Zentrum (MMZ) Potsdam zur Aufgabe gemacht, die Autoren, deren Schriften damals der kultur- und menschenverachtenden Auslöschungswelle der Nationalsozialisten zum Opfer fielen, wieder in das Bewusstsein der heutigen Generation zu bringen. Das ambitionierte Projekt, das Professor Julius H. Schoeps initiiert hat, wird gemeinsam mit dem Hildesheimer Olms-Verlag erarbeitet und soll insgesamt 316 Titel von 268 „verbrannten" Autoren umfassen. Einheitlich gestaltet sollen die Bände zusammen mit einem Bücherregal etwa 3000 Schulen bundesweit zu einem Preis von unter 1000 Euro zur Verfügung gestellt werden – als „Mahnmal anderer Art", so Verlagslektorin Doris Wendt. In Form dieses interaktiven Denkmals können dann Schülern die modernen Gedanken nähergebracht werden, „die mit den Werken mitverbrannt wurden und die es in Deutschland ja auch lange nach '45 nicht gegeben hat."

Die Titel stellen einen repräsentativen Querschnitt durch die damalige Literatur dar. Viel Belletristik, Alfred Döblin etwa, Jack London oder Upton Sinclair, aber auch heute eher unbekannte Autoren wie Henri Barbusse oder Erich Mühsam. Die Auswahl zeigt, wie vielfältig die Bibliothek angelegt ist: Aufsätze von Freud, Theaterkritiken von Alfred Kerr, ein Heft für Schüler von Albert Einstein, Gedanken zur Frauenproblematik von Adelheid Popp, Texte von Angelica Balabanoff und Bertha von Suttner oder Paul Tillichs „Die sozialistische Entscheidung". Insgesamt eine „Gesamtschau auf einen beachtlichen Teil deutscher Moderne", betont Doris Wendt, die nicht auf den Deutschunterricht beschränkt bleiben müsse, sondern genügend Stoff auch für andere Fächer bietet.

Den Schülern die modernen Gedanken näherbringen, die mit den Werken mitverbrannt wurden.

„Wir sind bemüht, den Schülern einen eigenen Zugang zu den Texten zu ermöglichen", sagt Werner Treß vom MMZ, der gemeinsam mit Professor Schoeps einen begleitenden Dokumentationsband über die insgesamt 60 Verbrennungsorte herausgeben wird. Neben didaktischen Handreichungen für Lehrer ist zum Selbststudium eine CD-Rom mit Zusatzmaterialien geplant, in der man zum Beispiel erfahren kann, dass es Bücherverbrennungen 1933 auch an Schulen gegeben hat.

Zu einzelnen Schulen habe man bereits Kontakt, dort sei das Projekt „mit großem Dank" aufgenommen worden, berichtet Doris Wendt. Auch Spender haben sich bereits gefunden. Insgesamt steht die Finanzierung des Projekts, das von der Stiftung Lesen, der Kulturstiftung des Bundes sowie der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Mainz gefördert wird, allerdings noch nicht fest, über weitere Unterstützung, die sehr willkommen wäre, wird derzeit auch auf politischer Ebene noch verhandelt. Auch die Lizenzen müssen noch eingeholt werden. Insgesamt sind die Initiatoren aber zuversichtlich, dass das Projekt in den kommenden zwei Jahren realisiert werden kann. „Zum 75. Gedenktag der Bücherverbrennung wollen wir die Bibliothek ausliefern", erklärt Werner Treß. „Dann sollen sie an künftige Generationen weitergegeben werden und auch in hundert Jahren noch in den Schulen stehen." So können die verloren geglaubten Werke dem kulturellen Bewusstsein schrittweise wieder eingepflanzt werden. *Lavinia Meier-Ewert*

Blick in die Zeitgeschichte

Tränenlos geweint

Der Hamburger Arbeitskreis gegen das Vergessen befasste sich mit den „Sonderkommandos" von Auschwitz – Henryk Mandelbaum, einer der Überlebenden, war bei einem Zeitzeugengespräch anwesend.

Mütter mit Kindern, Alte, Schwache: Durchschnittlich wurden 80 Prozent der Menschen, die mit den Transporten in Auschwitz-Birkenau eintrafen, gleich auf der Rampe selektiert, um in den Gaskammern des Vernichtungslagers ermordet zu werden. Das größte Menschheitsverbrechen war ebenso perfekt organisiert wie die Arbeitsabläufe in einer Fabrik. „Menschen waren das Rohmaterial, ihre Asche das Endprodukt", erklärte der israelische Historiker Gideon Greif.

Der Wissenschaftler arbeitet seit 30 Jahren in der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem. Seit zwei Jahrzehnten konzentriert Gideon Greif seine Forschungen auf die so genannten Sonderkommandos – die wohl niederträchtigste Erfindung der Nazis. Denn durch diese Einrichtung hatten die NS-Schergen „den Versuch unternommen", zitiert Greif den Schriftsteller und Shoah-Überlebenden Primo Levi, „das Gewicht der Schuld auf andere, nämlich auf die Opfer selbst abzuwälzen, so dass diesen – zur eigenen Erleichterung – nicht einmal mehr das Bewusstsein ihrer Unschuld bleiben würde".

Die „Sonderkommandos" bestanden aus männlichen jüdischen Häftlingen, die von der SS gezwungen worden waren, ihr bei dem Massenmord zu assistieren. Die „Sonderkommandos" hatten dafür zu sorgen, dass die Menschen sich zügig entkleideten: „Der Tod der Opfer war ihnen nicht genug", erklärt Greif, „die Nazis wollten, dass sie sich vorher noch schämen sollten." Die „Sonderkommandos" mussten die Kleider der Opfer einsammeln, den Leichen die Haare abschneiden, die Goldzähne herausbrechen, sie aus den Gaskammern in die Krematorien transportieren, sie verbrennen, ihre Asche und andere Spuren beseitigen. „Vom Juden sollte nicht einmal ein winziger Teil übrigbleiben", betont Gideon Greif, der 1994 mit seinem Buch „Wir weinten tränenlos" Pionierarbeit geleistet hat: Er veröffentlichte die erschütternden Augenzeugenberichte von acht der insgesamt 2000 jüdischen Häftlingen der „Sonderkommandos".

Der Vortrag des Historikers bildete den Auftakt zu der Veranstaltungsreihe des AK gegen das Vergessen, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, Zeitzeugengespräche und Fortbildungsseminare zur nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungsgeschichte zu organisieren. Neben Vorträgen unter anderem von Beate Klarsfeld über aktuelle Probleme und Zukunftsperspektiven der Erinnerungspolitik konnten auch Lesungen von Texten Holocaust-Überlebender besucht werden. Im Kino wurden Dokumentarfilme über jüdische Menschen, die der Ermordung durch die Nazis entgehen konnten gezeigt. Auch Tim Blake Nelsons Spielfilm „Die Grauzone" über die „Sonderkommandos", der von Gideon Greif kritisiert wird, weil er gravierende historische Fehler enthält, wurde aufgeführt.

Einer der 80 Männer, die die ständigen Selektionen der SS – die Angehörigen der „Sonderkommandos" waren potenzielle Belastungszeugen – und die Massenexekutionen nach dem Aufstand der Häftlinge, die in Gaskammern und Krematorien arbeiten mussten, im Oktober 1944 überlebt hatten, war Henryk Mandelbaum, ein polnischer Jude aus Olkusz. Er konnte während des „Todesmarsches" nach Mauthausen fliehen. Mandelbaum gehört zu den rund 20 Mitgliedern der „Sonderkommandos", die heute in Israel, den USA, Polen und Deutschland leben.

„Ob in den Ohren, der Nase – wir mussten die Körper der vergasten Menschen nach Wertgegenständen durchsuchen. Dabei konnten wir sehen, dass sie unter schrecklichen Schmerzen gestorben waren", berichtet Mandelbaum. „Wir mussten die Leichen mit Menschenfett übergießen und verbrennen. Die Knochen, die übrig geblieben waren, mussten wir zerstampfen." Nach seinem ersten Einsatz dachte er an Suizid. „Mein Leben war nicht mehr das alte. Ich war nicht mehr der von gestern", sagt der 84-Jährige. „Nur die Sterne waren wie gestern." Unter diesem Titel war auch die Ausstellung über Henryk Mandelbaum zu sehen, die mit rund 50 Fotos die Eindrücke des ehemaligen Häftlings während seines Besuchs in der Gedenkstätte Auschwitz dokumentiert.

Volker Stahl

Meldungen

Rudolf-Prozess ab November

Mannheim – Das Landgericht Mannheim hat im Volksverhetzungsverfahren gegen den Geschichtsrevisionisten und Holocaust-Leugner Germar Rudolf zunächst acht Verhandlungstermine anberaumt. Verhandelt werden soll am 14. und 16. November, 4., 6. und 21. Dezember sowie am 10., 22. und 29. Januar, wie aus Rudolfs Unterstützerszene verbreitet wird. Zurzeit sitzt Rudolf in Stuttgart-Stammheim eine 14-monatige Haftstrafe, ebenfalls unter anderem wegen Volksverhetzung, ab. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm in dem neuen Verfahren die Leugnung des Holocausts, vornehmlich durch Veröffentlichungen im Internet, vor. Im November soll er von Stammheim in die JVA Mannheim verlegt werden. (ts)

Beileidsbekundungen für Leichsenring

Dresden – Im Internet ist für den bei einem Verkehrsunfall verstorbenen sächsischen Landtagsabgeordneten der NPD, Uwe Leichsenring, eine Kondolenzbuch eingerichtet worden. An den ersten Tagen gingen dabei schon über 150 Beileidsbekundungen ein. In einem Gruß aus dem Harz heißt es beispielsweise: „Möge Uwe in Walhall würdig aufgenommen werden.“ Unter den namentlich aufgelisteten Trauernden befinden sich zahlreiche Verbände und Stützpunkte der Jungen Nationaldemokraten, diverse NPD-Kreisverbände, die nationaldemokratischen Landesverbände Bayern und Nordrhein-Westfalen, aber auch der Parteivorsitzende Udo Voigt. Dazu finden sich Geleitworte von bekannten Größen in der rechtsextremen Szene wie Thorsten Heise aus dem thüringischen Fretterode, Hans-Gerd-Wiechmann, der im Namen des Sozialpatriotischen Bündnisses/Neuer Morgen Lüneburg unterzeichnete, Ingo Stawitz aus Uetersen, der als Namenszusatz die Kürzel M.d.L.A.D. benutzte in Anspielung an seine Zeit als Landtagsabgeordneter in Schleswig-Holstein, Michael Frank im Namen der Blattmacher von „Freies Wattenscheid“, Doris und Alfred Zutt aus Ehringshausen, der in rechten Kreisen zeitweise selbst angefeindete Safet Babic aus Trier. Zu Wort meldeten sich auch Jürgen Schützinger aus Villingen-Schwenningen im Auftrag des Bundesvorstandes der Deutschen Liga für Volk und Heimat, der DVU-Landesverband Berlin, die brandenburgische DVU-Landtagsabgeordnete Birgit Fechner und Kurt Hoppe, Landesvorsitzender der Deutschen Partei in Thüringen. Ferner gab es vereinzelte Grußadressen aus Finnland, Schweden, Australien und aus der Schweiz, was auch auf die internationalen Kontakte Leichsenrings hindeutet, zumindest aber auf eine internationale Vernetzung der NPD. (hf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de